

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Bundesverband Lebensrecht .....	
2. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft .....	
3. World Congress of Families .....	

## Bundesverband Lebensrecht

---

Der **Bundesverband Lebensrecht e.V.** (BVL) ist die Dachorganisation von 15 selbsternannten „Lebensschutz“-Gruppen. Der Verband tritt öffentlich als Gegner von Abtreibungen, Sterbehilfe, Stammzellforschung, Leihmutterschaft und künstlicher Befruchtung wie der In-Vitro-Fertilisation auf und setzt sich für eine „enge Entscheidungsregelung bei der Organspende“ ein. Zudem organisiert er jährlich den „Marsch für das Leben“, eine der größten Pro-Life-Demonstrationen in Deutschland.

Seit Dezember 2024 ist er im Deutschen Lobbyregister gelistet. Wegen verspäteter Eintragung läuft gegen ihn ein Ordnungswidrigkeitenverfahren der Bundestagsverwaltung.<sup>[1]</sup>

Im Februar 2025 wurde bekannt, dass der Mitgliedsverein „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA e.V.) des BVL im Kontext eines Gesetzesvorschlags zur Neuregelung des Paragraphen 218 StGB, welcher Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, im Vorfeld aktiv Lobbyarbeit betrieben haben soll. Trotz womöglich mehrfacher Einflussnahme auf Bundestagsabgeordnete hat sich der Verein jedoch nicht ins Lobbyregister eingetragen.<sup>[1]</sup>

Der Verband verfügt über internationale Kontakte in die christlich fundamentalistische Szene und zu Autoritären der „MAGA“-Bewegung in den USA. Die ehemalige Verbandsvorsitzende und aktuelle Vereinsvorsitzende von ALfA Cornelia Kaminski (Landesvorstand CDU Hessen) reiste im Februar 2025 zu einem Treffen von amerikanischen Abtreibungsgegner:innen in Florida. Dort unterschrieb sie auch einen Dankesbrief an Donald Trump.<sup>[2]</sup>

### Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte .....	2
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen .....	3
2.1 Mitglieder .....	3
2.2 Vorstand .....	3
2.3 Internationale Verbindungen zu christlichen Fundamentalist:innen und Autoritären .....	4
3 Lobbystrategien und Einfluss .....	4
3.1 „Marsch für das Leben“ seit 2002 .....	4
4 Fallbeispiele und Kritik .....	5
4.1 Verdacht auf nicht-rechtmäßige Eintragung ins Lobbyregister .....	5
5 Finanzen .....	6
6 Weiterführende Informationen .....	6
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	6
8 Einzelnachweise .....	6

## Kurzdarstellung und Geschichte

---

Der Bundesverband Lebensrecht e.V. wurde 2001 in Berlin gegründet. Er geht laut Vereinswebsite auf den 1988 gegründeten „Kölner-Kontakt-Kreis“ zurück. 1991 erfolgte eine Umbenennung in „Kontakt-Stelle Lebensrecht“ und 1994 in „Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht“.<sup>[3]</sup>

In seiner Satzung gibt der Verein an, „für den Schutz der Würde und des Lebensrechts ungeborener und geborener Menschen von der Zeugung bis zum natürlichen Tod eintreten“ zu wollen. Die Basis der Zusammenarbeit der Mitglieder sollen „die Menschenrechte und die elementaren Grundrechte der Verfassung, in denen das christliche Menschenbild seinen Ausdruck“ finde, bilden.<sup>[4]</sup>

In diesem Zusammenhang tritt der BVL als Gegner von Abtreibungen, Sterbehilfe, Stammzellforschung, Leihmutterchaft und künstlicher Befruchtung auf und setzt sich für eine „enge Entscheidungsregelung bei der Organspende“ ein. Er betreibt Lobbyarbeit, publiziert und organisiert Konferenzen und Seminare und veranstaltet einmal im Jahr den „Marsch für das Leben“ (siehe unten).<sup>[5][6]</sup>

Der Verband ist zudem Mitglied der europäischen Bürgerinitiative One of Us („Einer von uns“), die die Finanzierung der Europäischen Union von Stammzellforschung, bei der Embryonen verwendet werden, abschaffen will.<sup>[7]</sup>

## Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

---

### Mitglieder

---

- Ärztevereinigung St. Lukas e.V.
- Ärzte für das Leben e.V.
- Aktion Lebensrecht für Alle e. V. (ALfA)
- Christdemokraten für das Leben e.V. (CDL)
- Durchblick e.V.
- Europäische Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern e.V.
- Institut für Ethik & Werte
- Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. (JVL)
- Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren e.V. (KALEB)
- Lebensrecht Sachsen e.V.
- Pro Conscientia e.V.
- Stiftung Ja zum Leben
- sundaysforlife e.V.
- Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen e.V. (TCLG)
- Weißes Kreuz e.V.

Neben den oben genannten Mitgliedern führt der Verband ca. 40 „ideelle Unterstützer“ des Marschs für das Leben auf seiner Website auf.

### Vorstand

---

- Alexandra Linder - Vorsitzende
- Paul Cullen – Stellvertretender Vorsitzender
- Elisa Ahrens
- Susanne Wenzel (CDU, Bundesvorsitzende Christdemokraten für das Leben e.V.)
- Georg Dietlein
- Andreas Düren
- Albrecht Weißbach

Quelle: <sup>[8]</sup>

## Internationale Verbindungen zu christlichen Fundamentalist:innen und Autoritären

---

Im Februar 2025 traf sich Cornelia Kaminski (Vereinsvorsitzende von Alfa, ehemalige Vorsitzende des BVL und Landesvorständin der CDU Hessen) mit amerikanischen Abtreibungsgegner:innen in Florida.<sup>[2]</sup> Zusammen mit 30 weiteren Teilnehmenden unterzeichnete sie einen Dankesbrief der Priests for Life an Donald Trump, der zuvor 23 Abtreibungsgegner:innen, die Kliniken für Schwangerschaftsabbrüche blockiert hatten, begnadigt hatte.<sup>[9]</sup>

Ebenfalls im Februar 2025 nahm Kaminski an einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London teil, bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertreffen.<sup>[10]</sup> Die prominentesten Teilnehmer:innen waren der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel und Vivke Ramaswamy. Aus Deutschland nahmen neben Kaminski unter anderem die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar, sowie der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Thorsten Alsleben (als Sprecher) teil.<sup>[10][11]</sup>

## Lobbystrategien und Einfluss

---

### „Marsch für das Leben“ seit 2002

---

Seit 2002 organisiert der BVL den „Marsch für das Leben“, ursprünglich unter dem Namen „1000 Kreuze für das Leben“. Bei der Demonstration werden 1000 Kreuze mitgeführt, die symbolisch für die Anzahl der täglich durchgeführten Abtreibungen in Deutschland stehen sollen. Diese Zahl ist jedoch falsch. Im Jahr 2023 gab es laut Schätzungen des Statistischen Bundesamts 106.000 Schwangerschaftsabbrüche (ca. 290 pro Tag).<sup>[12]</sup>

Seit 2008 findet die Demonstration jährlich in Berlin statt, seit 2023 wird zeitgleich eine Demonstration in Köln abgehalten. Ähnliche Proteste unter gleichem Namen fanden in der Vergangenheit auch in anderen deutschen Städten und weltweit statt. Der BVL bezeichnet seinen „Marsch für das Leben“ in Berlin als „größte Pro-Life-Demonstration in Deutschland“. In Berlin gab es im Jahr 2024 laut Polizei 2.000 Teilnehmende, der BVL sprach von über 4.000.<sup>[13]</sup> Seit 2008 werden von linken Gruppen Gegendemonstrationen veranstaltet.

In seiner „Berliner Erklärung zum Schutz des menschlichen Lebens“ (Stand 2017) ruft der Verband dazu auf, „gemeinsam für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie einzutreten.“<sup>[14][15]</sup> Kritiker:innen bemängeln die Rhetorik des Vereins, in der das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über das Austragen ihres Kindes mit der Vernichtungsideologie der Nationalsozialist:innen im Dritten Reich gleichgesetzt (siehe Gisela Notz) und der Holocaust relativiert wird.<sup>[16]</sup>

Zu den Demonstrierenden zählen Abtreibungsgegner:innen, christliche Fundamentalist:innen und auch konservative und rechte Politiker:innen. In der Vergangenheit nahmen unter anderem folgende Abgeordnete an den Protesten teil:

- Beatrix von Storch (AfD, MdB)<sup>[17]</sup> – von Storch hat auch Verbindungen zum [World Congress of Families](#)

- Nicole Höchst (AfD, MdB)<sup>[17]</sup>
- Joachim Kuhs (AfD, bis 2024 MdEP)<sup>[18]</sup>
- Hubert Hüppe (CDU, MdB)<sup>[18]</sup>

Auch der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende (2005 – 2018) Volker Kauder soll mehrmals Grußworte geschickt haben.<sup>[18]</sup>

## Fallbeispiele und Kritik

---

### Verdacht auf nicht-rechtmäßige Eintragung ins Lobbyregister

---

- **Verspäteter Eintrag ins Lobbyregister durch den BVL im Dezember 2024**

Obwohl der Verband für Lebensrecht in seiner Satzung angibt, seinen Zweck „insbesondere durch Lobbyarbeit“ zu verwirklichen, trug er sich erst Mitte Dezember 2024 in das verpflichtende deutsche Lobbyregister ein.<sup>[1]</sup> Laut tagesschau hat die Bundestagsverwaltung den Verband im Oktober 2024 diesbezüglich kontaktiert haben. Aktuell läuft ein Ordnungswidrigkeitenverfahren.<sup>[1]</sup> Die im Lobbyregister gemachten Angaben sind Lobbycontrol zufolge unplausibel: So gab der Verband an, im Jahr 2023 kein Geld für Interessenvertretung aufgewendet zu haben und keine Lobbyist:innen zu beschäftigen.<sup>[6]</sup>

Laut NDR und BR hat der Verein bereits 2019, 2020 und 2024 versucht, Einfluss auf Abgeordnete zu nehmen.<sup>[1]</sup> Dabei ging es unter anderem um ein im Juli 2024 verabschiedetes Gesetz zu sogenannten „Gehsteigbelästigungen“. Dieses verbietet „Mahnwachen“ und Proteste in unmittelbarer Nähe von Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche, sowie vor Kliniken und Arztpraxen, die diese durchführen.<sup>[1][19]</sup>

- **Mögliche pflichtwidrige Nicht-Eintragung von Mitgliedsverein ALfa e.V.**

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen von NDR und BR bekannt, dass der Verein „Aktion Lebensrecht für Alle“ (Alfa e.V.), der Mitglied im Bundesverband Lebensrecht ist, offenbar mehrmals versucht hatte, Einfluss auf Abgeordnete zu nehmen, ohne sich im Lobbyregister einzutragen.<sup>[1]</sup>

Im Kontext zu Debatten über eine Gesetzesinitiative zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ab November 2024 hat ALfa laut NDR und BR Briefe, Postkarten und die Vereinszeitschrift „Lebensforum“ an Bundestagsabgeordnete geschickt. Darin forderte der Verein, den umstrittenen Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, zu erhalten. Dabei sollten laut Tagesschau gezielt FDP-Abgeordnete angeschrieben werden, „um die rot-grüne ideologiegetriebene und lebensfeindliche Politik nicht weiter zu unterstützen“. Auch die ALfa-Bundesvorsitzende und ehemalige Vorsitzende des BVL Cornelia Kaminski soll Abgeordnete in einem Brief im Januar 2025 dazu aufgefordert haben, gegen eine Neuregelung zu stimmen.<sup>[1]</sup>

Seit 2021 sind Interessenvertreter:innen verpflichtet, sich im Lobbyregister einzutragen, wenn die Interessenvertretung gegenüber Parlament oder Regierung „regelmäßig betrieben wird“ oder „auf Dauer angelegt ist“.<sup>[20]</sup>

## Finanzen

---

Der Verband gibt im Lobbyregister für das Jahr 2023 ein Gesamtbudget von 255.000€ an. 2023 erhielt er 10.000 bis 20.000 Euro über Mitgliederbeiträge. 220.000 bis 230.000 Euro entfielen auf Schenkungen, davon mindestens 90.000 Euro auf das Unternehmen Stabilitas GmbH.<sup>[6]</sup>

## Weiterführende Informationen

---

- [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), Correctiv vom 28.02.2025

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ <sup>1,01,11,21,31,41,51,61,7</sup> [Paragraf 218 Abtreibungsgegner lobbyieren offenbar am Gesetz vorbei](#) , tagesschau.de, 10.02.2025, abgerufen am 10.04.2025
2. ↑ <sup>2,02,1</sup> [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org, 28.02.2025, abgerufen am 10.04.2025
3. ↑ [Bundesverband Lebensrecht](#), bundesverband-lebensrecht.de, abgerufen am 10.04.2025
4. ↑ [Satzung](#), bundesverband-lebensrecht.de, abgerufen am 10.04.2025
5. ↑ [Abschlussklärung zum Kongress Leben.Würde vom 21.-23.10.2022](#), bundesverband-lebensrecht.de, abgerufen am 10.04.2025
6. ↑ <sup>6,06,16,2</sup> [Lobbyregistereintrag Bundesverband Lebensrecht](#), lobbyregister.bundestag.de, 17.12.2024, abgerufen am 10.04.2025
7. ↑ [Eine Million Unterschriften für Embryonenschutz in der EU](#), abendblatt.de, 13.09.2013, abgerufen am 10.04.2025
8. ↑ [Über uns - Bundesverband Lebensrecht](#), bundesverband-lebensrecht.de, abgerufen am 10.04.2025
9. ↑ ["Pro-life leaders thank Trump Administration for actions to protect babies"](#), priestsforlife.org, 13.02.2025, abgerufen am 10.04.2025
10. ↑ <sup>10,010,1</sup> [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 10.04.2025
11. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.04.2025
12. ↑ [Pressemitteilung Nr. 164 vom 24. April 2024](#), destatis.de, 24.04.2024, abgerufen am 10.04.2025
13. ↑ [Marsch für das Leben](#) , bundesverband-lebensrecht.de, abgerufen am 10.04.2025
14. ↑ [Berliner Erklärung zum Schutz des menschlichen Lebens](#), bundesverband-lebensrecht.de, 16.09.2017, abgerufen am 10.04.2025
15. ↑ [Nicht so friedlich wie gewollt](#), taz.de, 17.09.2022, abgerufen am 10.04.2025
16. ↑ mehr dazu u.a. in: [Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner\\_innen im \(inter-\)nationalen Raum: ist die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen heute in Gefahr?](#), Familienplanungszentrum - BALANCE, 2012

17. ↑ <sup>17,017,1</sup> [Beatrix von Storch/Nicole Höchst: Der Marsch fürs Leben ist notwendiger denn je](#), afdbundestag.de, 20.09.2024, abgerufen am 10.04.2025
18. ↑ <sup>18,018,118,2</sup> [Auf dem Kreuzzug](#), taz.de, 21.09.2018, abgerufen am 10.04.2025
19. ↑ [Wenn Abtreibungsgegner protestieren](#), zdf.de, 05.07.2024, abgerufen am 10.04.2025
20. ↑ [§ 2 Registrierungspflicht LobbyRG](#), gesetze-im-internet.de, abgerufen am 10.04.2025

## Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetail](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.<sup>[1]</sup> Für ihre im Auftrag von Gesamtmetail betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.<sup>[2]</sup> Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.<sup>[3]</sup>

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.<sup>[4]</sup>

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".<sup>[5]</sup>

### Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



<b>Rechtsform</b>	GmbH
<b>Tätigkeitsbereich</b>	Propagierung marktliberaler Reformen
<b>Gründungsdatum</b>	2000
<b>Hauptsitz</b>	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
<b>Lobbybüro</b>	
<b>Lobbybüro EU</b>	
<b>Webadresse</b>	<a href="https://www.insm.de">insm.de</a>

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.<sup>[6]</sup> Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.<sup>[7]</sup> Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.<sup>[8]</sup> Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.<sup>[9][10]</sup>

## Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM .....	9
2 Entstehungsgeschichte .....	9
3 Ziele .....	9
4 Organisationsstruktur und Personal .....	11
4.1 Team .....	11
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben .....	11
4.1.2 weitere Mitglieder .....	11
4.2 Paten .....	12
4.3 Wissenschaftliche Beratung .....	12
5 Aktivitäten .....	12
5.1 Studien .....	13
5.2 ÖkonomenBlog .....	13
5.3 Veranstaltungen .....	13
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung .....	13
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen .....	14
6 Politische Kampagnen .....	14
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie .....	14
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024 .....	14
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021 .....	15
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021 .....	15
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021 .....	16
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019 .....	16
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn" .....	16
6.8 Kampagnen zum Thema Rente .....	16
6.9 Einschaltung von Agenturen .....	17
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD .....	17
8 Internationale Verbindungen .....	18
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024 .....	18
9 Kritik an der INSM .....	18
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD .....	18
9.2 Verhältnis zu den Medien .....	19
9.3 Schleichwerbung .....	19
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen .....	19
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen .....	19
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien .....	20
10 Aufgelöste/inaktive Gremien .....	20
10.1 Beirat .....	20

10.2 Kuratorium .....	20
10.3 Förderverein .....	20
10.4 Botschafter:innen .....	22
11 Zitate .....	26
12 Weiterführende Informationen .....	26
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	26
14 Einzelnachweise .....	26

## Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.<sup>[11]</sup> Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

## Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.<sup>[12]</sup> Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.<sup>[13]</sup> 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

## Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.<sup>[14]</sup> Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.<sup>[15]</sup>

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.<sup>[16]</sup>

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig. <sup>[17]</sup>

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe““.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: <sup>[18]</sup>

## Organisationsstruktur und Personal

---

### Team

---

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

#### Geschäftsführer Thorsten Alsleben

---

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).<sup>[19]</sup> Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.<sup>[20]</sup> Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".<sup>[21]</sup> Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.<sup>[22]</sup> Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.<sup>[23]</sup>

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf<sup>[24]</sup>, bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.<sup>[25]</sup> Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).<sup>[26]</sup> Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.<sup>[25]</sup> Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie [BP](#), [Koch Industries](#) und [Valero Energy](#).<sup>[27]</sup>

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.<sup>[28]</sup> Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.<sup>[29][30]</sup>

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«. <sup>[31]</sup> Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.<sup>[31]</sup>

#### weitere Mitglieder

---

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)

- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.<sup>[32]</sup> Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).<sup>[33]</sup>
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.<sup>[34]</sup>
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU<sup>[35]</sup>

## Paten

---

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.<sup>[36]</sup> Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), [Gitta Connemann](#) (CDU/CSU), [Julia Klöckner](#) (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie [Philipp Hartewig](#) (FDP) und [Rainer Semet](#) (FDP) .<sup>[37]</sup>

## Wissenschaftliche Beratung

---

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)<sup>[38]</sup> - zusammen.

## Aktivitäten

---

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt<sup>[39]</sup> :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

## Studien

---

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

## ÖkonomenBlog

---

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

## Veranstaltungen

---

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

## Unterrichtsmaterialien und Bildung

---

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.<sup>[40]</sup> Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.<sup>[41]</sup> Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:<sup>[42][43][44]</sup>

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.<sup>[45]</sup>

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.<sup>[46]</sup> Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.<sup>[47]</sup>

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.<sup>[48]</sup>

## Aktivitäten zu Bundestagswahlen

---

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.<sup>[49]</sup>

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“<sup>[50]</sup> In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfes 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.<sup>[51]</sup>

## Politische Kampagnen

---

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.<sup>[52]</sup> Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.<sup>[53]</sup> Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.<sup>[54]</sup>

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

### 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

---

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.<sup>[55]</sup> Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

### Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

---

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.<sup>[56]</sup> Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

## Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

---

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.<sup>[57]</sup>

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.<sup>[58]</sup> Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.<sup>[59]</sup>

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.<sup>[60]</sup>

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

## Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

---

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.<sup>[61]</sup> Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.<sup>[62]</sup> Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.<sup>[63]</sup> Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.<sup>[64]</sup> Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.<sup>[61]</sup>

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.<sup>[65]</sup>

## Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

---

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.<sup>[66]</sup> Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.<sup>[66]</sup>

## Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

---

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO<sub>2</sub>-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."<sup>[67]</sup>

## Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

---

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.<sup>[68]</sup> In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.<sup>[69]</sup> 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.<sup>[70]</sup>

## Kampagnen zum Thema Rente

---

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.<sup>[71]</sup>

## Einschaltung von Agenturen

---

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.<sup>[72]</sup> Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.<sup>[73]</sup> Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."<sup>[74]</sup>

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.<sup>[75]</sup> Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.<sup>[76]</sup> Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.<sup>[77]</sup> Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören.<sup>[78]</sup>

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt.<sup>[79]</sup>

## Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

---

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.<sup>[80]</sup>
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.<sup>[81]</sup> Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

## Internationale Verbindungen

---

### Partner der Berlin Campaign Conference 2024

---

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.<sup>[82]</sup> Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.<sup>[83]</sup> Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.<sup>[84]</sup> Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.<sup>[85]</sup> Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.<sup>[86]</sup> Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

## Kritik an der INSM

---

### Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

---

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.<sup>[87]</sup> In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".<sup>[87]</sup>

## Verhältnis zu den Medien

---

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."<sup>[88]</sup>

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.<sup>[89]</sup> Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.<sup>[90]</sup> „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.<sup>[91]</sup> INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.<sup>[92]</sup>

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.<sup>[65]</sup>

## Schleichwerbung

---

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.<sup>[93]</sup> In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.<sup>[94]</sup> Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.<sup>[95]</sup>

## Einschüchterung von Journalist:innen

---

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.<sup>[96]</sup> Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

## Einwirkung auf Suchmaschinen

---

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.<sup>[97]</sup>

## Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. <sup>[98]</sup>

## Aufgelöste/inaktive Gremien

### Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden. <sup>[99]</sup> Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

### Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024). <sup>[100]</sup> Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

### Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden. <sup>[101]</sup> Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

<b>Grü ndungs mit glieder</b>	
<b>Hans Tiet meyer</b>	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
<b>Florian Gers ter</b>	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
<b>Joha</b>	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des

<b>Grü ndu ngs mit glie der</b>	
<a href="#">nna Hey</a>	Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" <sup>[102]</sup>
<a href="#">Diet er Lenz en</a>	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah <sup>[103]</sup> , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
<a href="#">Frie drich h Merz</a>	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem <a href="#">BASF</a> , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
<a href="#">Ulrik e Nass e- Meyf arth</a>	
<a href="#">Diet er Rick ert</a>	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
<a href="#">Herg ard Roh wed der</a>	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung <a href="#">Liberales Netzwerk</a>
<a href="#">Max Schö n</a>	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
<a href="#">Carl- Lud wig Thiel e</a>	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der <a href="#">Deutschen Bundesbank</a> , Kuratoriumsmitglied des <a href="#">Institut Finanzen und Steuern</a> , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

<b>Grü ndu ngs mit glie der</b>	
<b>Wei tere Mit glie der:</b>	
Mich ael Hoff man n- Beck ing	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät <a href="#">Hengeler Mueller</a> , Mitglied des <a href="#">Wirtschaftsforums der FDP</a> und Gesellschafter der <a href="#">FAZIT-STIFTUNG</a>
Mari e- Luis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende <a href="#">Bund Katholischer Unternehmer</a> , Mitglied der <a href="#">Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen</a>

Quelle: <sup>[104]</sup>

## Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.<sup>[105]</sup> Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

**Bots  
chafter:  
innen**

**Rola**

**nd** Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon  
Berg vent für Deutschland](#)

**er**

**Chri**

**stop**

**h** Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur  
man  
n  
Dom  
iniqu  
e  
Döttl  
ing  
Flori  
an  
Gers  
ter  
Mart  
in  
Kan  
negi  
eßer  
Otm  
ar  
Issin  
g  
Osw  
ald  
Metz  
ger  
Aren  
d  
Oetk  
er  
Walt  
her  
Otre  
mba  
Karl-  
Hein  
z  
Paqu  
é  
Bern  
d  
Raff  
elhü  
sche  
n

Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von  
Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021  
Geschäftsführende  
Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und  
Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit  
(später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser  
GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der  
[Die Familienunternehmer - ASU](#)

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband  
der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der  
CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung  
deutscher Kernkraftwerke

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im  
Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der  
Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum  
Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH,  
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der  
Kommission Alterssicherung<sup>[106]</sup>), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiefachmann bei Deutsche Telekom, Mitglied im Beirat des Wirtschaftsforums der FDP

rg

Randolf Rodenstock Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG, ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem INSM-Finanzier Gesamtmetall und der INSM-Muttergesellschaft Institut der deutschen Wirtschaft (IW) jeweils als Vizepräsident, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und des Wirtschaftsforums der FDP

Kristina

Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Stellv. Leiterin der Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.

öder

Nikolaus

Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft, Ehrenmitglied des Wirtschaftsrates der CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der Altana AG sowie ehem. Vorsitzender der Altana Kulturstiftung gGmbH und der Herbert Quandt-Stiftung

Skar

Jürgen

en Starke Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB), Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Beirats der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Erwin

Staudt Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der Initiative D21, Mitglied des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

Thomas

Strubhaar

bis 8/2014 Direktor des Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des Institut für Unternehmerische Freiheit

ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: <sup>[107]</sup>

## Ehemalige

Beiräte

**Kuratorien:**

**innen**

**und**

**Botschafter:**

**innen**

Arndt, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft

<b>Marie-Luise Dött</b>	(siehe Förderverein)	
<b>Johann Eekhoff</b>	Staatssekretär a.D., Direktor des <a href="#">Institut für Wirtschaftspolitik</a> an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des <a href="#">Wirtschaftsrat der CDU</a> , bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der <a href="#">Stiftung Marktwirtschaft</a> , Mitglied der <a href="#">Ludwig-Erhard-Stiftung</a>	am 3. März 2013 verstorben
<b>Michael Glos</b>	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009	
<b>Paul Kirchhof</b>	ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der <a href="#">Friedrich August von Hayek Stiftung</a> , Mitglied der <a href="#">Ludwig-Erhard-Stiftung</a> , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet <sup>[108]</sup>	
<b>Eberhard von Körber</b>	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von <a href="#">ABB</a> , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler <a href="#">Helmut Kohl</a>	
<b>Rolf Peffkoven</b>	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des <a href="#">Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</a> (SVR), Mitglied des <a href="#">Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen</a> , des Wissenschaftlichen Beirats der <a href="#">Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen</a> und des Beirats der <a href="#">DZ BANK AG</a>	
<b>Christine Scheel</b>	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der <a href="#">CNC Communications &amp; Network Consulting</a>	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus <sup>[109]</sup> , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen <sup>[110]</sup>
<b>Lothar Späth</b>	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der <a href="#">Jenoptik</a> , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank <a href="#">Merrill Lynch</a> , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der <a href="#">Herrenknecht AG</a> , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. <sup>[111]</sup>	am 18. März 2016 verstorben
<b>Edmund Stoiber</b>	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
<b>Hans Tietmeyer</b>	ehem. Präsident der <a href="#">Deutschen Bundesbank</a> , Mitglied der Kuratoriums der <a href="#">Konrad-Adenauer-Stiftung</a> , der <a href="#">Friedrich August von Hayek Stiftung</a> , der <a href="#">Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik</a> und Mitglied der <a href="#">Ludwig-Erhard-Stiftung</a> ). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. <sup>[112]</sup>	am 27. Dezember 2016 verstorben

## Zitate

---

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern [Angela Merkel](#) und [Karl-Theodor zu Guttenberg](#), damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ <sup>[113]</sup>

## Weiterführende Informationen

---

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ *INSM*, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ *Trau schau wem*, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021

4. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick, felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ Über uns, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU, tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ Berlin Campain Conference, berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ Project 2025 Presidential Transition Project, documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit, zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ Über uns, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ insm.de Über uns, abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ Propaganda für die Welt von vorgestern, spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer, politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“, mit-bund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ Thorsten Alsleben, twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie, tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterchluss mit Trump, correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ ARC 2025 Keynote Speakers, arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ <sup>25,025,1</sup> Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen, blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ Keynote Speakers, arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference, desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA, lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ „Erschreckende Nähe“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern, merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps, deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ <sup>31,031,1</sup> Queer-Zoff in der CDU, spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ Wachs wird Kommunikationschef der INSM, politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ Speakers, berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08,2025
34. ↑ Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM, politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024

35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ <sup>61,061,1</sup> [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021

65. ↑ <sup>65,065,1</sup> [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ <sup>66,066,1</sup> [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschnig.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ <sup>87,087,1</sup> [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.

95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015](#), abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhuechen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.

## World Congress of Families

Der **World Congress of Families** (WCF) ist eine internationale Konferenz, die ultra-christlich-konservative Werte international fördert und sich gegen Scheidung, gleichgeschlechtliche Ehe und Abtreibung ausspricht.

<sup>[1]</sup> Der WCF verfolgt eine Anti-Gender-Agenda und bietet rechten Politiker:innen und Aktivist:innen eine Plattform sowie Vernetzungsmöglichkeiten. Insbesondere seine Verbindungen zu russischen Oligarchen, die ihn auch finanziell unterstützen, stößt auf Kritik.<sup>[2]</sup>

### Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Einfluss .....	31
2 European Congress on Family (ECF) .....	32
3 Akteure und Teilnehmende .....	33
4 Finanzierung .....	34
4.1 Russische Oligarchen .....	34
4.2 Unternehmen .....	35

4.3 Investitionen von Partnerorganisationen des WCF in Europa .....	35
5 Kritik .....	36
6 Einzelnachweise .....	36

## Organisationsstruktur und Einfluss

Der World Congress of Families (WCF) ist die Hauptveranstaltung der [International Organization for the Family](#) (IOF), die auch als Howard Center for Family, Religion, and Society auftritt.<sup>[3][4]</sup> Der WCF vertritt eine extrem konservative Agenda und lehnt Konzepte wie Scheidung, Abtreibung und LGBTQ-Rechte ab. Er setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf einem extrem konservativen Familienbild basiert und bietet verschiedenen rechten Ideologien eine Plattform.<sup>[5]</sup>

Der WCF dient dabei weniger als direktes Lobbying-Instrument, sondern vielmehr als Networking-Plattform. Er ermöglicht verschiedenen Organisationen, Aktivist:innen und Politiker:innen den Austausch konservativer Ideologien und den Aufbau entsprechender Infrastrukturen. Teilnehmer:innen nutzen den WCF, um international Kontakte zu knüpfen und Strategien für politische Einflussnahme zu entwickeln, die oft als menschenfeindlich kritisiert werden.

World Congress of Families Partners 2017 waren<sup>[6]</sup>:

- African organization For The Family (Kenia)
- Angels of Charity and Music
- Alive to the World (GB)
- [Alliance Defending Freedom \(ADF\)](#)
- Latin American Alliance for the Family (Venezuela)
- Ancient Faith Radio
- Associazione per La Difesa die Valori Cristiani - Luci sull'Est (Italien)
- Australian Chrisitan Lobby
- Black Conservative Summit
- Christian Film Television Commission
- Christian Concern (GB)
- CitizenGO
- Classical Conversations
- Dads4Kids (Australia)
- Dveri (Serbien)
- Ethics and Public Policy Center
- Family First Foundation
- Family First New Zealand
- Sanctity of Motherhood Program (Russland)
- Family Policy Institute (Südafrika)
- Family Watch International
- Fellowship of St. James
- Foundation For African Cultural Heritage (Nigeria)
- Freedom's Journal Institute for the Study of Faith and Public Policy
- Georgian Demographic Society (Georgien)
- hatzeOir.org
- Heartbeat International

- Lighted Candle Society
- MovieGuide
- National Center on Sexual Exploitation
- National Organization for Marriage
- Nocea Terrae Foundation (Italien)
- Power of Mothers
- ProVita (Italien)
- REAL Women of Canada
- Kenya Christian Professionals Forum
- Touchstone Magazine: A Journal of Mere Christianity
- UptoFaith
- Worldwide Organization for Women

Zu den Referent:innen gehören ultrakonservative Akteure wie Brian Brown, Präsident der International Organization for the Family, welcher auch im Vorstand der Organisation CitizenGO sitzt und Verbindungen zu rechten Parteien, wie beispielsweise der spanischen Vox-Partei hat.<sup>[7]</sup>

Der WCF hat in verschiedenen Ländern politischen Einfluss ausgeübt:

- Mitwirkung an Anti-LGBTQ-Gesetzen in Nigeria, Uganda und Kenia<sup>[8]</sup>
- Unterstützung bei der Formulierung von Anti-LGBTQ-Gesetzen in Russland<sup>[8]</sup>
- Kooperation der spanischen Partnerorganisation CitizenGo mit der deutschen Anti-Gender-Bewegung "Demo für Alle"<sup>[9]</sup>
- Larry Jacobs, ein Vertreter des WCF beriet bei Anti-LGBTQ-Gesetzen in Russland und unterstützte öffentlich das russische LGBT-Propaganda-Gesetz.<sup>[10]</sup>

Der letzte [Kongress](#) fand 2019 in Verona statt (Stand: 10/2025). Die Redner sind [hier](#) abrufbar.

## European Congress on Family (ECF)

---

Der European Congress on Family (frühere Bezeichnung: European Congress of Families) wird von der European Conservatives and Reformists Party (ECR) veranstaltet.<sup>[11]</sup> Zu den [hier](#) abrufbaren Mitgliedern gehören: Fratelli d' Italia, polnische PiS und Electoral Action of Poles in Lithuania - Christian Families Alliance. Die jüngste Veranstaltung fand vom 18. bis zum 20. Oktober 2024 in Dubrovnik, Kroatien statt. WCF und ECF teilen ähnliche ideologische Ausrichtungen und Ziele. Der ECF ist eine Organisation, die sich mit Familienpolitik und verwandten Themen aus konservativer Perspektive befasst. Sowohl der ECF als auch der WCF ziehen Redner:innen und Teilnehmer:innen aus konservativen und rechten politischen Kreisen an.<sup>[7]</sup> Brian Brown, Präsident der International Organization for the Family, war ein Hauptredner der Konferenz 2023 in Dubrovnik.<sup>[12]</sup>

Trotz der Ähnlichkeiten gibt es einige Unterschiede zwischen ECF und WCF:<sup>[7]</sup>

- Der ECF konzentriert sich speziell auf europäische Themen und Politik, während der WCF global ausgerichtet ist.
- Der ECF wird als weniger kontrovers wahrgenommen als der WCF, der von einigen Kritiker:innen als extremistischer eingestuft und mit russischer Finanzierung in Verbindung gebracht wird.
- Einige Politiker:innen, die am ECF teilnehmen, distanzieren sich von den radikaleren Positionen des WCF, obwohl es thematische Überschneidungen gibt.

## Akteure und Teilnehmende

---

Der WCF und der ECF ziehen eine Vielzahl von Politiker:innen, Aktivist:innen und Organisationen an, die konservative und rechte Familienwerte vertreten, darunter

- Matteo Salvini (Italien, stellvertretender Ministerpräsident) <sup>[13]</sup>
- Antonio Tajani (Italien, Mitglied im Kabinett Meloni und ehem. Präsident des Europäischen Parlaments) <sup>[14]</sup>
- Viktor Mihály Orbán (Ungarn, Ministerpräsident) <sup>[15]</sup>
- Carlo Casini (Italien, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments) <sup>[16]</sup>
- Jaime Mayor Oreja (Spanien, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehem. Innenminister) <sup>[17]</sup>
- Konrad Szymanski (Polen, ehem. Minister für Europäische Angelegenheiten und Mitglied des Europäischen Parlaments) <sup>[18]</sup>
- Anna Záborská (Slowakei, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments) <sup>[16]</sup>
- Maximilian Krah (Politiker, AfD) <sup>[13]</sup>
- Beatrix von Storch (Politikerin, AfD) <sup>[19]</sup>
- Tilman Ruesch (Investor, Stiftungsrat Stiftung für Familienwerte) <sup>[20]</sup>
- Hedwig von Beverfoerde (Aktivistin und Sprecherin der Initiative "Demo für Alle") <sup>[18]</sup>
- Gloria von Thurn und Taxis (Unternehmerin) <sup>[13]</sup>
- David Bendels (Chefredakteur des AfD-nahen "Deutschland-Kuriers" und ehemaliger Vorsitzender des [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#)) <sup>[13]</sup>

Die Teilnahme dieser Akteure unterstreicht die Vernetzung rechtspopulistischer Kräfte im Bereich der Familienpolitik auf europäischer Ebene.



## Jakunin

- Istoki Endowment Fund (90,6 Mio. USD)
- St. Andrew the First-Called Foundation (1,6 Mio USD)
- Dialogue of Civilizations Research Institute (18,8 Mio USD)

## Malofejew

- Saint Basil the Great Charitable Foundation (77,3 Mio USD)

## Unternehmen

---

Des Weiteren zeigen Recherchen von openDemocracy, dass der WCF in der Vergangenheit von mehreren Großkonzernen unterstützt wurde, darunter: <sup>[13]</sup>

- die spanische Fluggesellschaft Iberia
- das polnische Mineralölunternehmen Orlen
- Shamrock Foods, ein großes US-Molkereiunternehmen
- Villa Sandi, ein bedeutender italienischer Prosecco-Exporteur

## Investitionen von Partnerorganisationen des WCF in Europa

---

Investigative Recherche von openDemocracy haben zudem ergeben, dass Partnerorganisationen des WCF seit Jahren hohe Geldsummen in Europa investieren: <sup>[21]</sup>

- Die **Alliance Defending Freedom (ADF)** hat zwischen 2011 und 2021 fast 28 Millionen Euro in Europa investiert. Zwischen Mitte 2022 und Mitte 2023 investierte ein Ableger der ADF 650.000 Euro nur in politisches Lobbying <sup>[22]</sup>
- Das Acton Institute for the Study of Religion and Liberty hat seit 2008 mehr als 1,7 Millionen Dollar in Europa ausgegeben. Weitere Ausgaben sind undurchsichtig, jedoch hat das Acton Institute ein Büro in Rom, was Einfluss auf politisches Geschehen zumindest in Italien vermuten lässt <sup>[23]</sup>
- Tradition, Family and Property (TFP) hat zwischen 2009 und 2018 über 11 Millionen Dollar in Europa investiert. <sup>[2]</sup>
- HatzeOir und CitizenGO haben zwischen 2009 und 2018 fast 33 Millionen Dollar investiert. <sup>[2]</sup>

Diese großen Partnerorganisationen des WCF erhalten oftmals Unterstützung von konservativen US-Milliardär:innen. Beispielsweise wird die ADF zu großen Teilen durch die DeVos Foundation finanziert, welche eine Stiftung der Familie von **Betsy DeVos** ist – ehemalige Bildungsministerin unter Trump 2016. Auch das Unternehmen Academi, vorher bekannt als Blackwater und gegründet von Betsy DeVos' Bruder Erik Prince, finanziert die ADF. <sup>[24]</sup>

## Kritik

Der WCF wird von Kritiker:innen als Teil einer rechtskonservativen Bewegung gesehen, die gegen die Rechte der LGBTQ-Community und reproduktive Selbstbestimmung agiert. Die Aktivitäten der Organisation werden im Kontext eines wachsenden Rechtspopulismus in Europa und weltweit als besorgniserregend betrachtet. Der WCF wird von der US-Organisation Southern Poverty Law Center (SPLC) als extremistisch eingestuft. <sup>[25]</sup> <sup>[26]</sup>

## Einzelnachweise

1. ↑ [World Congress of Families\(WCF/International Organization for the Family \(IOF\) loc.gov](#), abgerufen am 30.07.2024
2. ↑ <sup>2,02,12,22,32,42,52,6</sup> [die Spitze des Eisbergs](#), epfweb.org im Juni 2021, abgerufen am 30.07.2024
3. ↑ [International Organization for the Family](#), influencewatch.org, abgerufen am 03.11.2025
4. ↑ [The International Organization for the Family](#), projects.propublica.org, abgerufen am 03.11.2025
5. ↑ [Weltweites rechtes religiöses Netz](#), deutschlandfunk.de vom 05.05.2021, abgerufen am 30.07.2024
6. ↑ [World Congress of Families Partners 2017](#), profram.org vom 14.09.2027, abgerufen am 30.07.2024
7. ↑ <sup>7,07,17,2</sup> [ <https://bylinetimes.com/2024/03/11/the-european-congress-of-families-and-the-international-organization-for-the-family> The European Congress of the Families and International Organization for the Family], bylinetimes.com vom 11.03.2024, abgerufen am 30.07.2024
8. ↑ <sup>8,08,1</sup> [Exposed: The World Congress of Families](#), assets2.hrc.org von Juni 2025, abgerufen am 30.07.2024
9. ↑ [Keimzelle der Nation: Teil 2](#), library.fes.de im Dezember 2014, abgerufen am 30.07.2024
10. ↑ [world congress of families](#), splcenter.org abgerufen am 30.07.2024
11. ↑ [EUROPEAN CONGRESS ON FAMILY II EDITION](#), ecrparty.eu vom 18.10.204, abgerufen am 05.11.2025
12. ↑ [Speakers](#), families.ecrparty.eu, abgerufen am 05.11.2025
13. ↑ <sup>13,013,113,213,313,413,5</sup> [Ultrakonservativer Kongress in Verona Sponsoring für Rechte](#), taz.de vom 23.05.2024, abgerufen am 30.07.2024
14. ↑ [Europe heads to the polls: right wing networks form along family policy issues](#), eu.boell.org am 10.04.2019, abgerufen am 30.07.2024
15. ↑ [Hungary's prime minister welcomes US anti LGBT hate group](#), theguardian.com am 26.05.2017, abgerufen am 30.07.2024
16. ↑ <sup>16,016,1</sup> [World Congress of Families' Legislative Aim](#), rewirenewsgroup.com am 14.07.2017, abgerufen am 30.07.2024
17. ↑ [Revealed: dozens of European politicians linked to US incubator for extremism](#), opendemocracy.net am 27.03.2019, abgerufen am 30.07.2024
18. ↑ <sup>18,018,1</sup> [Keimzelle der Nation Teil 2](#), library.fes.de im Dezember 2014, abgerufen am 30.07.2024
19. ↑ [Ultrakonservativer Kongress in Italien für Gott, Staat und Familie](#), taz.de am 29.03.2019, abgerufen am 30.07.2024
20. ↑ [speakers](#), families.ecrparty.eu, abgerufen am 30.07.2024
21. ↑ [Revealed: dozens of European politicians linked to US incubator for extremism](#), opendemocracy.net am 27.03.2019, abgerufen am 30.07.2024
22. ↑ [Glaube und Geld: Wie die religiöse Rechte aus den USA Europa finanziell unterwandert](#), correctiv.org am 14.05.2024, abgerufen am 30.07.2024
23. ↑ [Acton Europe](#), give.acton.org, abgerufen am 30.07.2024

24. ↑ [Conservative US Lobbyists try to get their hooks into the Czech Republic](#), vsquare.org am 27.09.2023, abgerufen am 30.07.2024
25. ↑ [world congress of families](#), splcenter.org abgerufen am 30.07.2024
26. ↑ [fight against World Congress of Families](#), allout.org abgerufen am 30.07.2024